

Schweizerische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **41 (1947)**

Heft 11

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Wie recht hat doch der (natürlich als «Kryptokommunist», als getarnter Schrittmacher des Bolschewismus, verschrieene) britische Labourabgeordnete K. Zilliacus, wenn er in seinem ausgezeichneten Buch «Mirror of the Present» schreibt:

«Die amerikanische (mit britischer Zustimmung geschehende) Hilfe für den Faschismus in China, Griechenland und der Türkei, die (mit britischer Mitwirkung erfolgende) Stützung des korrupten, grausamen und unfähigen Feudalismus in Persien, der arabischen Feudalherren, der malerischen, aber nichtsnutzigen arabischen Scheiks und Quislinge im Mittleren Osten sowie der kapitalistischen Reaktion und Gegenrevolution im Donaubecken, auf dem Balkan und in Italien wird als Verteidigung der westlichen Kultur und Demokratie gegen die kommunistische Diktatur und den Ausdehnungsdrang der Sowjets aufgemacht. Aber Demokratie, Kultur und Friede hängen vom Triumph der sozialen Revolution in diesen Gebieten ab und von der Besiegung und Überwindung der Regierungssysteme, hinter denen britische und/oder amerikanische Waffen- und Geldleistungen stehen. Der Weg, um den Sowjeteinfluß ‚auszugleichen‘, besteht für die Vereinigten Staaten und Großbritannien darin, Freunde des Volkes in diesen Ländern zu werden, anstatt die Schutzherrn der Bedrucker und Feinde des Volkes.»

So mündet die Erörterung der Kriegs- und Friedensfrage immer wieder in die Auseinandersetzung über das soziale Problem ein. Abrüstung, Vertrauen, guter Wille zwischen den Nationen – jawohl. Aber nur wenn die Abkehr vom Geiste der Gewalt auch in den *wirtschaftlichen* Beziehungen der Völker und Volksgruppen erfolgt! Ohne den Sieg über jenes ganze Gesellschaftssystem, das den Menschen zum bloßen Gegenstand der Bereicherungsgier herabdrückt, ist auch kein Sieg über die *politischen* Gewaltssysteme möglich und bleibt die Hoffnung auf Vermeidung einer neuen Kriegskatastrophe eine Utopie. *Hier* müssen alle Kräfte eingesetzt werden; *hierauf* muß sich aller gute Wille sammeln, der noch in unserem Geschlechte lebt. Aber wahrlich, wir dürfen nicht mehr lange warten!

18. November.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Die neue Volksvertretung Die Nationalratswahlen haben nicht nur, wie hier am Vorabend des Urnenganges erwartet wurde, «keine ins Gewicht fallende Verstärkung der Linken» gebracht; die Mandatszahl der beiden sozialistischen Parteien ist gegenüber bisher sogar um eine Einheit zurückgefallen. Die Ursachen liegen auf der Hand. Zunächst wirkte die wirtschaftliche Hochkonjunktur allen sozialistischen Bestrebungen entgegen. Sodann hat auch die *politische* Atmosphäre gegenüber 1943 geändert: der damalige «Ostwind» hat scharf nach Westen gedreht und das Wetter auch in der Schweiz beeinflußt. Das genügt indessen beides nicht, um den Rückschlag der Linken zu erklären, ist doch die Stimmzahl der beiden sozialistischen Parteien, als *Einheit* genommen, nicht unerheblich gewachsen (genau um 47 849 Stimmen = 2,5 Prozent der Gesamtzahl). Aber das ist es ja eben: Sozialdemokratie und Partei der Arbeit bildeten tatsächlich *keine* Einheit, als es sich darum handelte, diese Stimmzahl auch für die Gewinnung der entsprechenden Mandatszahl nutzbar zu machen. Mit Listen-

verbindung hätten sich die beiden Linksparteien mindestens 63 Mandate gesichert (gegen 55, die sie jetzt haben); daß die Sozialdemokratie von einer solchen Verbindung, heiliger Entrüstung voll, nichts wissen wollte, kostete sie mehr als ein halbes Dutzend Mandate und die Partei der Arbeit mindestens eines, das nun – in Genf – an die Rechte gefallen ist.

Der auf sozialdemokratischer Seite gegen eine Listenverbindung mit der PdA angeführte Grund, man verzichte lieber auf noch soviel Sitze, wenn man nur die Reinheit seiner Prinzipien rette, kann schon im Hinblick auf den «Fehltritt» im Wallis (Sesselsversicherung mit dem Freisinn zur Rettung des sozialdemokratischen Mandats) nicht sehr ernst genommen werden. Aber auch der andere Einwand ist nicht stichhaltig, daß man doch unmöglich mit den «Spaltern» wieder gemeinsame Sache machen könne, mit diesen «Verbrechern an der Arbeiterbewegung», die leichtfertig die Einheit der sozialistischen Kampffront zerschlagen hätten. Denn die Sozialdemokratie war es ja selber, die durch den Ausschluß Nicoles und seiner Anhänger die Spaltung im Jahre 1939 herbeiführte. Und ihre seitherige Entwicklung hat nicht dazu beigetragen, die Unnötigkeit oder Schädlichkeit einer radikalen Linkspartei so eindeutig zu beweisen, wie das erforderlich gewesen wäre – trotz der immer wieder durchschlagenden moralischen Fäulnis in gewissen Schichten der PdA-Führung. Ein ganz erheblicher Teil der Sozialdemokratie steuert sogar einen ausgesprochenen *Rechtskurs*, verstärkt also gerade die antisozialistische Tendenz, die jetzt durch die Wählerschaft geht und der die Sozialdemokratie doch eigentlich mit ganzer Kraft entgegentreten sollte. Das drückt sich insbesondere auch in einer Haltung gegenüber den Kommunisten und gegenüber der Sowjetunion aus, die sich von derjenigen des linken und mittleren Bürgertums kaum mehr unterscheidet, so daß die «Freie Inner-schweiz» nur mit zuviel Recht schreiben konnte:

«Der einfache Arbeiter sieht nun einmal keinen Unterschied mehr zwischen den bürgerlichen Zeitungen und den sozialdemokratischen Organen (gemeint sind diejenigen gewisser Kantone und Landesteile, wie Zürich, Basel, Aargau, Westschweiz. H. K.). Wer sich vom Kreuzzug gegen den Osten nicht zu distanzieren versteht oder sich nicht distanzieren will – bei aller Freiheit der Kritik gegenüber östlichen Einrichtungen und Praktiken, die wir nie anerkennen können –, der muß sich nicht wundern, wenn er unter den Werk tätigen immer weniger Gefolgsleute findet.»

Hier, in diesem Horror vor allem Russisch-Kommunistischen, liegt der eigentliche Grund für die Angst, sich mit der PdA zu «kompromittieren», eine Angst, die, wie gesagt, nicht gehindert hat, sich mindestens im Wallis mit einer bürgerlichen Partei zu kompromittieren, mit dem Ergebnis, daß der Sitz dennoch verloren ging, während er durch Listenverbindung mit der PdA hätte gehalten werden können. Aber auch wenn man Dellbergs Seitensprung für eine vereinzelte Extratour ansehen will, bleibt es politisch falsch, die PdA auf die gleiche Stufe zu stellen wie die bürgerlichen Parteien und von der einen grundsätzlich genau so scharfen Abstand zu nehmen wie von den andern. Eine sozialistische Partei ist keine Mittelpartei; sie gehört zur Linken und braucht auch vor einem taktischen Zusammengehen mit Kommunisten (sofern man die Anhänger der PdA überhaupt summarisch als Kommunisten bezeichnen will) keine Angst zu haben, wenn sie nur grundsätzlich selber eine klare sozialistische Linie einhält. Auf jeden Fall ist die Existenz der PdA mit ihren 50 000 Wählern eine *Tatsache*, die von der Sozialdemokratie nur zu ihrem eigenen Schaden mißachtet werden kann, vernünftigerweise aber allmählich doch zur Kenntnis genommen und zur Stärkung der Gesamtposition des schweizerischen Sozialismus nutzbar gemacht werden sollte.

Die Illusion der Kriegsrüstungen

Eine der ersten Aufgaben der neuen Räte wird die Behandlung des Bundesvoranschlages für 1948 sein. Was uns an diesem Voranschlag besonders stößt, das ist die Höhe der in Aussicht genommenen *Militärausgaben*. Statt einer Herabsetzung (die Finanzexpertenkommission wollte bis auf 300 Millionen heruntergehen) stellen

wir eine *Erhöhung* des Militärbudgets von 382 auf 409 Millionen fest – wobei natürlich die unbedingte Notwendigkeit eines solchen Betrages, der von den Militärs ohnehin nur als ein Minimum angesehen wird, wie üblich «zwingend nachgewiesen» wird. Man muß doch endlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Wiederholungskursen zurückkehren; man muß neues Kriegsmaterial anschaffen; man muß die famosen Düsenflugzeuge bezahlen; man muß motorisieren, mechanisieren, reorganisieren – was muß man nicht alles, um auf der Höhe moderner Kriegstechnik zu bleiben? Dabei wird einfach ohne Plan drauflos gewurstelt: hier eine «unerläßliche» Neuerung, dort eine «absolut nötige» Mehranschaffung, ohne jede einheitliche Leitidee, ohne jene berühmte «Gesamtkonzeption», die man für die militärische Landesverteidigung schon längst fordert, ohne sie jemals zu bekommen. Aus guten Gründen! Denn wenn man diese «Gesamtkonzeption» im Volke zur Erörterung stellte, würde es rasch bedenklich vielen Leuten klar werden, daß angesichts der sich überstürzenden Entwicklung der Massenvernichtungswaffen, die im Auslande durch Tausende von Forschern und Technikern vorwärtsgetrieben wird, ein Nachkommen der Schweiz schlechterdings eine hoffnungslose Sache geworden ist, und daß darum unsere Landesverteidigung auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden muß, im Sinne eines Übergangs von der individuell-nationalen auf die kollektiv-internationale Verteidigung und auf die Zusammenarbeit aller Nationen für die *Verhinderung* eines neuen Krieges.

Das sehen schon jetzt, durch den offiziellen Propagandanebel hindurch, immer mehr denkende Menschen ein, die der patriotischen Hypnose nicht mehr erliegen. Ein Anzeichen dafür sind die sich anscheinend wieder mehrenden Fälle von *Militärdienstverweigerung*. Der jüngste Fall dieser Art war die aufsehenerregende Weigerung René Bovards, des Leiters der «Suisse Contemporaine», einen Offizierskurs mitzumachen, zu dem er im Frühsommer aufgeboten worden war. Seine Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis ohne Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte erscheint verhältnismäßig glimpflich, um so mehr, als er auf dem Dienstweg von selbst aus der Armee ausgeschlossen werden dürfte, also nicht weiter gequält wird, wie dies so manchem andern Verweigerer widerfahren ist. Möchten die einfachen Soldaten, die künftig keinen Dienst mit der Waffe mehr leisten können, ebenso vernünftig behandelt werden! Und möchte Bovards Opfer insbesondere auch dem Gedanken des *Zivildienstes* förderlich sein, für den er so tapfer Zeugnis ablegte! Mit welchen Mitteln die Militärdienstverweigerer immer noch diffamiert werden, das zeigt übrigens die Tatsache, daß die – soviel ich weiß von einem Offizier geleitete – Depeschenagentur über die Beweggründe Bovards nichts anderes zu berichten wußte, als daß er behauptet habe (was in dieser Form unrichtig ist), «daß im Fall einer Invasion jeder militärische Widerstand unnütz ist», und demgemäß ihre Meldung betitelte: «Verurteilung eines defaitistischen Oberleutnants». Daß Bovard sich ausdrücklich zur Résistance bekannte, wenn auch freilich nicht zur bewaffneten, und einzig das Recht für sich und seinesgleichen beanspruchte, das Land auf Grund freier Gewissensentscheidung mit unblutigen Mitteln zu verteidigen, so wie die andern gemäß *ihrem* Gewissen die todbringenden Waffen führen, das brauchte man ja der schweizerischen Öffentlichkeit nicht mitzuteilen.

Und weil ich schon bei den Prozessen bin, sei auch gleich noch des Falles der drei Schweizer Nazi Georges Oltramare, Bonny und Fonjallaz gedacht, die vom Bundesstrafgericht zu einem bis drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Das Bezeichnende an diesem Prozeß ist weniger die auffallend milde Bestrafung dieser Landesschädlinge, die – das gilt mindestens von Oltramare und Bonny – soviel Schuld an dem Genfer Massaker vom 9. November 1932 tragen, als der Umstand, daß die Verteidigung zu ihrer Entlastung anführen konnte, die Haltung dieser Herren sei ja durchaus im Einklang mit der offiziellen Neutralitätspolitik, mit der Verteidigung der Politik des Dritten Reiches durch den schweizerischen Gesandten in Berlin, Frölicher, und mit der Haltung der westschweizerischen Vichypresse gestanden. In der Tat, die Schweiz ist während des Krieges auf merkwürdige Art ver-

teidigt worden! Aber die Legende von unserer Rettung durch Neutralität und Wehrbereitschaft wuchert trotzdem weiter und weiter und hilft die neue Illusion stützen, die Schweiz brauche sich nur politisch zu isolieren und militärisch zu bewaffnen, um jeder künftigen Kriegsgefahr «wie bisher» die Stirn bieten zu können. Man muß wirklich sagen: Wen der Kriegsgötze vernichten will, den schlägt er zuvor mit Blindheit!

19. November.

Hugo Kramer.

An unsere Abonnenten!

Der Vorstand der Vereinigung «Freunde der ‚Neuen Wege‘» sah sich zu seinem großen Bedauern genötigt, den Abonnementspreis für die «Neuen Wege» ab 1. Januar 1948 von Fr. 12.— (für ein halbes Jahr Fr. 6.—) auf Fr. 15.— (für ein halbes Jahr Fr. 7.50) zu erhöhen. Diese Maßnahme wäre eigentlich schon seit längerer Zeit notwendig geworden, doch standen seit dem Hinschied von Leonhard Ragaz die geistigen Schwierigkeiten einer Weiterführung der «Neuen Wege» derart im Vordergrund, daß wir demgegenüber die materiellen Schwierigkeiten bewußt zurückstellten. Nunmehr haben sich aber die Herstellungskosten der Zeitschrift derart erhöht, daß eine Erhöhung auch des Abonnementspreises unumgänglich geworden ist, haben wir doch bei dem steten Defizit in der Herausgabe der Zeitschrift bereits alle unsere Reserven aufzehren müssen.

Trotzdem die Begründung dieser Maßnahme einem jeden ohne weiteres einleuchten wird, ist uns unser Beschluß nicht leichtgefallen, denn wir wissen, daß auch diese bescheidene Erhöhung um 3 Franken – das heißt um 25 Rappen für ein Heft – für manchen Leser eine spürbare Belastung bedeutet. Wir bringen aber unserer Leserschaft, in der wir von jeher eine eigentliche Lesergemeinde gesehen haben, das Vertrauen entgegen, daß sie sich durch eine solche Mehrbelastung nicht davon abhalten läßt, den «Neuen Wegen» und damit auch der Sache, in deren Dienst diese stehen, weiterhin Treue zu halten.

Auch der neue Abonnementspreis von Fr. 15.— entspricht noch keineswegs den tatsächlichen Herstellungskosten. Wir dürfen aber stets auf die «Freunde der ‚Neuen Wege‘» zählen, die schon in den letzten zwanzig Jahren die Zeitschrift finanziell gestützt haben und die auch künftig mit ihren freiwilligen Beiträgen das Defizit decken werden. Gerade deshalb würden wir es aber auch sehr begrüßen, wenn eine größere Zahl von Lesern sich entschließen könnte, der Vereinigung beizutreten und auf diese Art die äußere Existenz der Zeitschrift sicherzustellen.

Für den Vorstand der Vereinigung
«Freunde der ‚Neuen Wege‘»

R. Lejeune.